

## Beschluss

Verfassungsschutz versagt – Rechtsextremismus konsequent bekämpfen!

Gremium: Landesmitgliederversammlung

Beschlussdatum: 26.06.2021

Tagesordnungspunkt: TOP 2.3 Weitere Anträge

### Antragstext

1 Das Innenministerium in Mecklenburg-Vorpommern hat am 24.06.2021 die Vereinigung  
2 „Nationale Sozialisten Rostock“ verboten. Die Gruppe ist eng verstrickt mit der  
3 NPD und JN und hat nach unseren Informationen einen Ableger in Brandenburg,  
4 welcher in engen Kontakt mit der nun verbotenen Gruppe steht. Die Vereinigung  
5 „Nationale Sozialisten Rostock“ trat auch unter der Bezeichnung „Aktionsblog“  
6 auf. Unter dem Namen „Aktionsblog Berlin-Brandenburg“ verbreiten Neonazis  
7 faschistische und rassistische Propaganda. Aus externen antifaschistischen  
8 Recherchekreisen ist uns bekannt, dass ein Akteur des Aktionsblog Berlin-  
9 Brandenburg, ein Mitglied der JN, Kontakte nach Mecklenburg-Vorpommern pflegt,  
10 regelmäßig Besuch erhält und dorthin fährt. Dass der Aktionsblog Berlin-  
11 Brandenburg im unmittelbaren Zusammenhang mit der nun verbotenen Gruppe steht,  
12 lässt sich nicht bestreiten und ist durch Beobachtungen belegbar. Dass der  
13 Innenminister Stübgen nicht gemeinsam mit Mecklenburg-Vorpommern ein Verbot  
14 dieser Gruppe erwirkt hat, zeigt auf, dass das Brandenburger Innenministerium  
15 die Bekämpfung rechtsextremer Strukturen nicht ernst genug nimmt.

16 Es zeigt auch, dass öffentlich verfügbare Informationen und bestehende  
17 Möglichkeiten zur Aufklärung und Bekämpfung solcher Strukturen nicht ausreichend  
18 genutzt werden. Gerade vor diesem Hintergrund ist es absolut unverständlich,  
19 dass mit der Ausweitung des Staatstrojanereinsatzes durch die Bundesregierung  
20 die nachrichtendienstlichen Befugnisse des Verfassungsschutzes unverhältnismäßig  
21 stark ausgeweitet werden.

22 Die Akteur\*innen des Aktionsblog Berlin-Brandenburg bedrohen lokale  
23 Antifaschist\*innen und haben in Vergangenheit auch Antifaschist\*innen  
24 angegriffen, damals noch vertreten in anderen Gruppen. Einige Akteur\*innen  
25 stammen aus dem Landkreis Teltow-Fläming, aber auch im gesamten Land Brandenburg  
26 finden sich vereinzelt Neonazis, welche dieser Gruppe zugeordnet werden können.  
27 Sie treten öffentlichen auf Twitter, Facebook und Instagram auf und teilen  
28 offenkundig rechtsextreme Inhalte. Die letzten Verfassungsschutzberichte führen  
29 dabei keine rechtsextremen Aktivitäten in z.B. Teltow-Fläming oder ausgehend von  
30 dieser Gruppe auf. Dabei sind sowohl rechtsextreme Verlage (Vgl. neuerechte.org)  
31 als auch Internetplattformen aus dem Landkreis Teltow-Fläming und aus Richtung  
32 dieser Gruppe aktiv. Dass diese offenkundigen Strukturen nicht im  
33 Verfassungsbericht vorkommen, verbunden mit dem Nichthandeln des  
34 Innenministeriums, zeigt eine Lücke in der Bekämpfung des Rechtsextremismus und  
35 damit dem Schutz unserer Demokratie auf.

36 Wir benötigen daher einen effektiven Schutz gegen Rechtsextremismus und die  
37 verstärkte Aufklärung der Öffentlichkeit über rechtsextreme Strukturen.

38 Außerdem braucht es bis dahin, aber schon jetzt, eine aktive Bekämpfung des  
39 Rechtsextremismus und ein Verbot und Zerschlagung der rechtsextremen Szene rund  
40 um den Aktionsblog Berlin-Brandenburg. Langfristig streben wir die Abschaffung  
41 des Verfassungsschutzes in seiner jetzigen Form an.

42 Wir solidarisieren uns mit den betroffenen und agierenden Antifaschist\*innen und  
43 fordern Bündnisgrüne Kreisverbände, die Landesregierung und Landtagsfraktion von  
44 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf, sich kritisch mit dem Verfassungsschutz  
45 auseinanderzusetzen und selbst solidarisch und unterstützend zu  
46 Antifaschist\*innen zu sein. Der Rechtsextremismus muss als reale Bedrohung für  
47 unsere Demokratie verstanden und als solche auch bekämpft werden. Dabei ist eine  
48 Gleichstellung verschiedener (vermeintlich) extremistischer Bestrebung eine  
49 Verharmlosung des Rechtsextremismus. Jede antidemokratische Bestrebung gehört  
50 als solche benannt, ein Kampfbegriff des "Extremismus" lehnen wir ab. Wir  
51 fordern ein Verbot des Aktionsblog Berlin-Brandenburg.

## Begründung

Quellen:

1. <https://www.neuerechte.org>
2. Twitter@AktionsblogB
3. <https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Ministerium-verbietet-Neonazi-Gruppe-Nationale-Sozialisten-Rostock,rechtsextremismus450.html>
4. <https://www.sueddeutsche.de/panorama/kriminalitaet-luckenwalde-nach-rechts-motivierten-graffiti-tatverdaechtiger-ermittelt-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-210204-99-302659>
5. <https://www.moz.de/lokales/hennigsdorf/rechtsextremismus-nazis-melden-demonstration-an-49282178.html>
6. <https://www.aktionsbueundnis-brandenburg.de/wahlcheck-demokratie/> (vgl. Remo K.)